

WOLF-DIETER VOGEL

Der verlorene Krieg

Mexikos konservativer Präsident Calderón setzt im Kampf gegen die Drogenmafia vor allem auf militärisches Vorgehen. Der Erfolg lässt zu wünschen übrig: Die Zahl der Todesopfer ist in seiner Amtszeit auf ein Dreifaches gestiegen. Gewalt, Staats- und Gesetzlosigkeit erreichen in einigen Regionen Ausmaße wie beispielsweise in Afghanistan. Auch manche Ursachen für das kriminelle Drogengeschäft lassen sich vergleichen, vor allem wirtschaftliche Liberalisierung und Abbau des Staates. Jahrhunderte lang war Mexiko die Wiege des Maises. Seit 2006 kauft das Land mehr als die Hälfte dieses Grundnahrungsmittels in den USA. Das sind die Folgen des Freihandelsvertrages NAFTA. Sie haben das sozioökonomische landwirtschaftliche Geflecht zerstört. Bauern und Bäuerinnen verlassen ihre Heimatdörfer. 500.000 wandern jährlich in die USA. Die Mafia bietet vielen Ausgeschlossenen Schutz, Überlebensmechanismen und einen attraktiven Gegenentwurf: Einkommen, Macht, männliche Anerkennung. Wer sollte daran interessiert sein, das Geschäft zu beenden? Die USA liefern Waffen an die Drogenhändler – und sponsern das Hunderte Millionen schwere staatliche Militärvorhaben. Der nördliche Nachbar ist der größte Konsument der Drogen. Und in Zeiten der Finanzkrise könnte es verheerende Konsequenzen haben, wenn die Drogengelder aus dem Verkehr gezogen würden – zum Beispiel durch eine Legalisierung.

Sie sind skrupellose Mörder, heimtückische Betrüger und unerträgliche Machos. Und sie sind Wohltäter, Beschützer und Brötchengeber für Hunderttausende, wenn nicht Millionen von Menschen, denen die Regierung kaum etwas zu bieten hat. Mexikos Drogenbosse sind keine Outsider, die sich nur in geheimnisvollen Unterwelten verbergen, sie bewegen sich innerhalb der Gesellschaft, ihre „Angestellten“ sind Politiker, Staatsanwälte, Polizisten, Bauern oder verarmte Jugendliche. Wer den Drogenkrieg verstehen will, der die mexikanische Gesellschaft zunehmend in Atem hält, muss sich mit den sozialen, politischen und historischen Bedingungen beschäftigen, unter denen die „Capos“ ihrem blutigen Geschäft nachgehen. Nur so lässt sich nachvollziehen, warum der Kampf um Einflusszonen und gegen staatliche Sicherheitskräfte immer brutalere Formen annimmt – und warum der konservative Präsident Felipe Calderón zum Scheitern verurteilt ist, wenn er im Kampf gegen die Mafia fast ausschließlich auf die militärische Karte setzt.

Jede Stunde ein Toter

Eine Bestandsaufnahme: Mehr als 5000 Menschen fielen nach Zählung der mexikanischen Tageszeitung „El Universal“ dem Drogenkrieg allein in diesem Jahr schon zum Opfer, kein Tag vergeht ohne Meldungen über Leichenfun-

de, Schießereien oder Anschläge. Insgesamt starben über 7000 Menschen im Kugelhagel zwischen Soldaten, Polizisten und rivalisierenden Banden, seit Calderón im Dezember 2006 sein Amt angetreten hat. Die Gewalt hat immer mehr zugenommen. Während zu Beginn des Jahres durchschnittlich acht Tote gezählt wurden, waren es zuletzt täglich schon 24. Statistisch betrachtet stirbt derzeit jede Stunde ein Mensch im mexikanischen Drogenkrieg. Das sind Dimensionen der Gewalt, wie wir sie sonst von Kriegsschauplätzen wie Afghanistan oder dem Irak kennen.

Die Täter gehen mit äußerster Härte vor: Missliebige Politiker werden nach ihrem Amtsantritt binnen Stunden erschossen, abgeschnittene Köpfe werden per Post verschickt, um Drohungen Nachdruck zu verleihen. Gegner werden gefoltert und gelegentlich filmen die Mörder sogar die Hinrichtungen, um die gruselige Bilder im Internet zu veröffentlichen. Journalisten, die sich mit dem „Narcotráfico“ beschäftigen, leben unter ständiger Bedrohung. Die Organisation „Reporter ohne Grenzen“ meldet, dass Mexiko zu einem der gefährlichsten Länder für Medienschaffende geworden sei. Seit dem Jahr 2000 wurden über 40 Reporter erschossen. Zuletzt traf es am 13. November Armando Rodriguez, der seit zehn Jahren für die Zeitung „El Diario“ aus der nordmexikanischen Grenzstadt Ciudad Juárez über Verbrechensbekämpfung berichtet. Einen Monat vorher wurde Miguel Angel Villa Gómez Valle, der

Direktor der Tageszeitung „Noticias de Michoacán“ erschossen auf einer Müllhalde gefunden. Mindestens acht Pressearbeiter werden vermisst.

Vor allem vier Organisationen sind in die blutigen Auseinandersetzungen involviert: das Golf-, das Sinaloa-, das Tijuana- und das Juarez-Kartell, außerdem lässt die im Bundesstaat Michoacán ansässige „Familia“, die Familie, zunehmend von sich hören. Die Namen verweisen zwar auf die Herkunft der Clans, doch längst sind die „Narcos“ praktisch im ganzen Land präsent. Einst blühte das Geschäft hauptsächlich in den nördlichen, der US-amerikanischen Grenze nahen Gliedstaaten wie Sinaloa, Baja California, Chihuahua oder der Golfküste um Tamaulipas. Mittlerweile zählt auch das zentralmexikanische Michoacán zu den Hochburgen. Fast die gesamte Pazifikküste entlang zieht sich der Einfluss der großen Kartelle bis in den verarmten Süden, in die Bundesländer Guerrero oder Oaxaca. Selbst die Zapatisten aus Chiapas bleiben nicht verschont: im Lakandonischen Regenwald haben die indigenen Rebellen damit zu kämpfen, dass der Drogenanbau zunimmt. „Man geht davon aus, dass in bis zu 21 der 31 mexikanischen Bundesstaaten Organisationen der Drogenhändler operieren“, schreibt die International Crisis Group im März 2008. Etwas mehr als 63 Prozent der 2800 Rathäuser Mexikos seien von der Drogenmafia „infiltriert“, resümiert Professor Edgardo Buscaglia vom Mexikanischen Autonomen Technologischen Institut (ITAM), acht Prozent seien „komplett unter Kontrolle des Drogenhandels“.

Opium- und Hanffelder haben in vielen Regionen den traditionellen Anbau von Mais, Bohnen oder Gemüse ersetzt. Der überwiegende Teil der Ernte geht direkt in die USA, wo Mexikos Bauern die Hauptversorger der Marihuana- und Heroinkonsumenten sind. Zudem ist der Latino-Staat zunehmend zum Durchgangsland für kolumbianisches Kokain geworden, seit die US-amerikanischen Drogenbekämpfer Ende der Achtziger Jahre begannen, traditionelle Schmuggelpfade wie etwa den Seeweg durch die Karibik nach Miami stärker zu kontrollieren. Rund 500 Tonnen und damit 90 Prozent des beispielsweise im Jahr 2006 in den Vereinigten Staaten konsumierten weißen Pulvers kamen nach Schätzungen des „World Drug Reports 2007“ des Büros gegen Drogen und Verbrechen der Vereinten Nationen (UNODC) über Mexiko ins Land.

Die 3100 Kilometer lange Grenze entlang des Río Bravo bietet trotz neuer Mauern, ständiger Patrouillen und verschärfter Datenkontrolle weiterhin genügend Wege ins nördliche Nachbarland. So entdeckten Fahnder Anfang September 2008 in der Grenzstadt Mexicali einen Schmuggeltunnel, inklusive Klima- und Lüftungsanlage, Licht und Schienen für einen Transportwagen. Ivan Briscoe vom Madrider Think Tank FRIDE verweist auf die Möglichkeiten, die der umfangreiche Handel zwischen den beiden Ländern bietet: „Drogen und andere Waren können bestens innerhalb des legalen Güterverkehrs zwischen Mexiko und

den USA getarnt werden, der täglich einen Wert von 900 Millionen Dollar erreicht.“ Nicht zufällig also zählen die Metropolen entlang der Grenze zu den umkämpftesten Gebieten, in denen fast jeden Tag Menschen dem Drogenkrieg zum Opfer fallen: Ciudad Juarez, Tijuana, Nuevo Laredo. Etwa ein Drittel der Morde des Jahres 2008 fanden in dieser Region statt.

Die Gewalt ist nicht mehr anderswo

Bis vor kurzem spielten sich die Auseinandersetzungen vor allem zwischen den unmittelbar Beteiligten ab. In der Schusslinie waren Capos, Auftragsmörder, korrupte und weniger korrupte Polizisten, Politiker, Justizbeamte oder Soldaten. Wer sich heraushielt, hatte wenig zu befürchten. Doch spätestens mit einem Angriff am 15. September dieses Jahres haben sich die Narcos wortwörtlich mitten in die mexikanische Gesellschaft gebombt. An diesem Tag explodierten zwei Handgranaten im Zentrum von Morelia, der Hauptstadt des Bundesstaates Michoacán. Sieben Menschen starben, 132 wurden verletzt. Wie an vielen Orten Mexikos befanden sich zu diesem Zeitpunkt Tausende auf den Straßen, um an den Veranstaltungen zum Nationalfeiertag teilzunehmen. Noch streiten die Experten darüber, ob hinter dem Anschlag „La Familia“ oder die „Zetas“, eine aus ehemaligen Militärs bestehende Killertruppe des Golfkartells steckt. Für die mexikanische Bevölkerung ist seither jedoch klar: es kann jeden treffen.

Noch ein weiterer Aspekt hat dazu geführt, dass die Gewalt der Mafia zunehmend zur Bedrohung für jede Mexikanerin und jeden Mexikaner wird. Die Kartelle kontrollieren immer mehr Bereiche der organisierten Kriminalität: das Rotlichtmilieu, den Waffenhandel, die Schutzgelderpressungen, die Geldwäsche und nicht zuletzt das Geschäft mit Entführungen. Mexiko führte 2006 weltweit die Tabelle der Kidnappings an, Mexiko-Stadt hat sich diesbezüglich zur gefährlichsten Metropole Lateinamerikas entwickelt. Das mexikanische sicherheitspolitische Institut ICESI geht von 20 Entführungen täglich aus, allerdings werden angesichts des hohen Maßes an Straflosigkeit und der Korruption unter den Strafverfolgern nur die wenigsten zur Anzeige gebracht. Nachdem im Sommer dieses Jahres der 14jährige Unternehmenssohn Fernando Martí gekidnappt und später ermordet aufgefunden wurde, demonstrierten rund 150.000 Menschen gegen die zunehmende Unsicherheit.

Für große Verunsicherung sorgte zudem ein Vorfall vom 4. November 2008. An diesem Tag stürzte ein Kleinflugzeug mitten im Berufsverkehr auf eine zentral gelegene Straße in Mexiko-Stadt. Alle Insassen des Fliegers starben, unter ihnen zwei der größten Feinde der Drogenmafia: Innenminister Juan Camilo Mouriño Terrazo und der Strafverfolger José Luis Santiago Vasconcelos. Mouriño galt als engster Vertrauter von Präsident Calderón und war an vorderster Front in den Krieg gegen die „Narcos“ involviert.

Vasconcelos führte lange Zeit in der Generalstaatsanwaltschaft die Ermittlungen gegen die Capos und war auch für die Auslieferung der Drogenbosse in die USA zuständig. Schon zuvor hatten Killer zweimal versucht, den Juristen zu ermorden. Ob der Absturz Folge eines Anschlages oder doch nur ein gewöhnlicher Unfall war, konnte bis heute nicht endgültig geklärt werden. Die Regierung blieb schließlich bei der Version, die Maschine sei in einen Luftstrudel gekommen, viele Kritiker waren skeptisch. Doch allein Calderóns intensive Bemühungen, ein Attentat der Mafia als Tathintergrund auszuschließen sowie die Selbstverständlichkeit, mit der große Teile der Bevölkerung die Capos für das Unglück verantwortlich machten, verdeutlichen die angespannte Lage im Land: Vom Regierungschef bis zur gewöhnlichen Bürgerin gehen offenbar alle davon aus, dass die Drogenclans fähig sind, den Staat in seinem Herzen zu treffen.

Militäreinsätze sollen Stärke demonstrieren

Staatschef Calderón steht also unter Druck, und das nicht erst seit dem Tod des kleinen Fernando oder dem Absturz des Regierungsjets. Als der Politiker der konservativ-liberalen Partei der Nationalen Aktion (PAN) im Dezember 2006 die Präsidentschaft übernahm, musste er seine Autorität beweisen. Schließlich hatten viele seinen Wahlsieg angezweifelt. Millionen waren auf die Straße gegangen, weil sie vermuteten, dass sich Calderón nur durch Wahlbetrug gegen seinen Konkurrenten Andrés Manuel López Obrador von der linkszentristischen Partei der Demokratischen Revolution (PRD) hatte durchsetzen können. Kaum im Amt, demonstrierte der Konservative also Handlungsfähigkeit: Er schickte tausende Soldaten und Bundespolizisten sowie Vertreter der Generalstaatsanwaltschaft in sein Heimatland-Bundesland Michoacán, um gegen die Drogenmafia vorzugehen.

Es folgten ähnliche Einsätze in Grenzstädten wie Tijuana oder Ciudad Juarez und in anderen Gliedstaaten. Inzwischen sind 36.000 Sicherheitskräfte im Einsatz: Sie zerstören Schlafmohn- und Hanffelder, kontrollieren Transportrouten, verhaften Verdächtige, schließen einschlägige Lokale und beschlagnahmen Flugzeuge. Oft genug ist es ein Kampf gegen die „eigenen Reihen“: regelmäßig liefern sich die Bundeskräfte heftige Schießereien mit lokalen Polizisten, die in das illegale Geschäft involviert sind. So etwa in Nuevo Laredo, wo sich örtliche Beamte bewaffnet dagegen wehrten, dass ihre Kollegen aus Mexiko-Stadt das Polizeirevier auf Drogen oder Hinweise zu Verbindungen zur Mafia hin durchsuchen. Schon vorher wurden 730 örtliche Polizeikräfte in der Grenzstadt vorübergehend festgenommen, 284 von ihnen wurden entlassen. Ähnlich stellte sich die Situation in Tijuana dar. Selbst Staatschef Calderón musste Mitte November resigniert feststellen:

Der Hälfte der mexikanischen Polizisten sei „nicht zu vertrauen“, in ländlicheren Regionen steige diese Zahl auf bis zu 61 Prozent an.

Um der Korruption Herr zu werden, tauscht die Regierung ganze Einheiten aus, hebt die Löhne der Sicherheitskräfte an und „säubert“ regionale Polizeibehörden. Auch auf administrativer Ebene hat Calderón einiges in Gang gesetzt: so sollen künftig bundespolizeiliche Einheiten koordinierter vorgehen und für das Jahr 2007 wurde der Haushalt zur Verbrechensbekämpfung um 24 Prozent erhöht. Heute rangieren die Ausgaben für das Ministerium für öffentliche Sicherheit gleich hinter dem Verteidigungshaushalt auf Platz Zwei. Auch die Militärs sollen 16 Prozent mehr erhalten.

Zudem hat sich die PAN-Regierung mit den USA auf neue Kooperationen verständigt. Im Rahmen der auf drei Jahre angesetzten „Initiative Mérida“ soll Washington 1,4 Milliarden Dollar für die Bekämpfung der Drogenmafia im südlichen Nachbarland investieren, bislang ist aber nur eine Teilzahlung vom US-Kongress bewilligt worden. Auch dieses Geld stärkt vornehmlich das polizeilich-militärisch Vorgehen: hochtechnisch ausgerüstete „Black-Hawk“-Helikopter sollen die Überwachung erleichtern, neue Software die Sicherheitssysteme der beiden Staaten koordinieren und auf den neuesten Stand bringen, mexikanische Polizisten und Soldaten von US-Profis ausgebildet werden. Geplant sind auch gemeinsame Kampfeinheiten sowie schärfere Grenzkontrollen. Im Gegensatz zum „Plan Colombia“, mit dem Washington seit acht Jahren am kolumbianischen Drogenkrieg teilnimmt, würden jedoch keine US-Truppen auf mexikanischem Boden agieren, betonten Calderón und sein US-Kollege George W. Bush. Viele Beobachter sind jedoch skeptisch. „Wenn US-amerikanische Militärs unsere Soldaten und Polizisten ausbilden, sind die Sicherheitskräfte Mexikos faktisch in das nordamerikanische System eingebunden“, erklärt der Analytiker Miguel Tinkel Salas. Auch in Kolumbien habe alles mit finanziellen Hilfen und der Entsendung von Ausbildern begonnen, heute bewegten sich die US-Soldaten fast ganz selbstverständlich im Land.

Militäraufbau statt Ändern der Ursachen

Was hat Calderóns Kriegserklärung an die „Narcos“ bisher gebracht? Haben der konservative Politiker und seine US-Kollegen auf diesem Weg eine Chance, die mexikanischen Kartelle zu besiegen? Bisher ist die Erfolgsbilanz recht zwiespältig: Wichtige Capos wurden verhaftet, andere bereits vorher verhaftete Drogenbosse wurden in die USA abgeschoben, tausende Verdächtige festgenommen, korrupte Polizisten entlassen, zigtausende Hektar Hanf- und Mohnfelder zerstört. Seit Beginn der Amtszeit Calderóns im Dezember 2006 bis zum Mai 2008 beschlagnahmten Sicherheitskräfte nach Regierungsangaben 55 Tonnen

Kokain, 2805 Tonnen Marihuana sowie große Mengen anderer Drogen: Heroin, Opium, Crack.

Zugleich aber nahm die Zahl der Opfer immens zu: Mindestens 5500 Tote werden am Jahresende 2008 zu beklagen sein, das sind durchschnittlich dreimal so viel wie zu Zeiten des Calderón-Vorgängers Vicente Fox. Von einer Verknappung des Angebots kann indes nicht die Rede sein: noch immer wird der US-Markt mit Kokain überschwemmt, das dort ein Drittel billiger ist als in Europa. „Es hat keinerlei Verringerung des Konsums in den USA gegeben,“ resümiert José Rosario vom Menschenrechtszentrum ProDH aus Mexiko-Stadt. Das Kidnapping hat indes sogar sehr zugenommen: Nach offiziellen Statistiken sind die Entführungen im Jahr 2007 um 75 Prozent gestiegen, und auch hier sind ehemalige Sicherheitsbeamte involviert: etwa 80 Prozent der bekannten Täter sind aktive oder ehemalige Polizisten.

Zudem sind die Militärs bei Menschenrechtsorganisationen heftig in die Kritik geraten. Die massive Präsenz der Soldaten solle die Bevölkerung kontrollieren und einschüchtern, werfen die Menschenrechtler Calderón vor. Unter dem Deckmantel der Drogenbekämpfung werde die Armee in den aufständischen Regionen Oaxaca oder Chiapas stationiert, um gegen soziale und indigene Bewegungen vorzugehen. Darüber hinaus seien die Soldaten für schwere Menschenrechtsverletzungen verantwortlich. José Luis Soberanes, der Präsident der staatlichen Menschenrechtskommission CNDH sprach von „Folter, Vergewaltigungen und Morden an der Zivilbevölkerung, verübt von Uniformierten“. So wurden im Juni 2007 zwei Frauen und drei Kinder an einer Kontrollstelle in Sinaloa erschossen. In Michoacán vergewaltigten Soldaten vier Minderjährige, im Bundesstaat Coahuila traf es 14 Frauen eines Nachtclubs. Die Militärs seien auf Einsätze im Antidrogenkampf nicht vorbereitet, stellt Rosario klar. Durch die Einbeziehung der Armee werde die Logik des Krieges übernommen: Wo gehobelt wird, fallen auch Späne.

Keine Frage: Ohne bewaffnete Einheiten und sicherheitspolitische Maßnahmen sind die skrupellos vorgehenden Capos nicht zu besiegen. Doch Calderón scheint mit seiner Politik Benzin ins Feuer zu kippen. Die historischen Wurzeln der Korruption, die kulturelle Einbindung der Narcos in die Gesellschaft und die schlechte ökonomische Situation großer Teile der mexikanischen Bevölkerung werden in seinem Kampf gegen die Mafia nicht in Frage gestellt und bereiten den Boden für das gewalttätige Gewerbe.

Das verfluchte Erbe des alten Regimes

Calderón hat von seinem Vorgänger Vicente Fox ein „verfluchtes Erbe“ übernommen, wie der Journalist und Drogenmafia-Experte Ricardo Ravelo zu Recht schreibt. Mit seinem Wahlsieg im Jahr 2000 hatte der PAN-Politiker Fox die Herrschaft der Partei der Institutionellen Revolution

(PRI) formal beendet. 71 Jahre lang hatte die PRI zuvor das Land mit einem korporatistischen System regiert, in dem Politik, Militär, Gewerkschaften und Unternehmer in enger Absprache die Geschäfte leiteten. Dieser Korporatismus hatte auch den Capos Planungssicherheit garantiert – und Politikern, Justiz- und Zollbeamten, Polizisten sowie Militärs einen beachtlichen Nebenverdienst. „Die blühende Entwicklung des Drogengeschäfts ist nicht ohne die Rückendeckung der politischen Macht zu erklären,“ meint Ravelo mit Blick auf die Zeiten des PRI-Regime. Damals gab es nur wenige Auseinandersetzungen zwischen den Kartellen. Die Regierung war darum bemüht, Gewalttätigkeiten auf niedrigem Niveau zu halten. Das Geschäft sollte „gut geölt“ und in aller Ruhe verlaufen. Autor Ravelo spricht von einer „Verwaltung des Drogenhandels“, und zwar von ganz oben. Präsident Carlos Salinas (1988 – 1994) beispielsweise verteilte zentrale Posten des Militärs und der Politik an Vertreter des Drogengeschäfts, 1996 wurde mit General Jesús Gutiérrez Rebollo ein Vertreter des Juárez-Kartells zum Chef der Nationalen Antidrogenbehörde ernannt.

Die korrupte Struktur ist geblieben – so wurden erst Ende Oktober 2008 einige Mitarbeiter der für Drogen zuständigen Abteilung der Generalstaatsanwaltschaft enttarnt, die auf der Gehaltsliste der Capos standen, kurz darauf trat Gerrado Garay, der Chef der Bundespolizei, wegen seiner mutmaßlichen Verbindungen zu dem illegalen Gewerbe zurück, Mitte November wurde der Leiter von Interpol Mexiko aus demselben Grund verhaftet. Doch trotz der anhaltend korrupten Verhältnisse haben sich die Koordinaten grundlegend verschoben: Früher bestimmte die PRI-Spitze die Regeln, heute diktieren die Narcos. Die langsame Auflösung des alten Regimes, verbunden mit einer steigenden Nachfrage, hat zu einer Liberalisierung des Marktes geführt.

Die Kartelle kämpfen nun gegeneinander um die Kontrolle ganzer Regionen. Gouverneure und lokale Institutionen sind unterschiedlichen Clans unterstellt. Der offene Konkurrenzkampf prägt das Geschäft, entsprechende „Leistungen“ werden notfalls mit Gewalt eingeklagt. Diese „Liberalisierung“ ist wesentlich für Brutalisierung der Auseinandersetzungen verantwortlich. „Die Männer des Drogengeschäfts wollen nicht nur straffrei agieren, sondern politische Macht bis hin zur Kontrolle des Staates“, analysiert Professor Buscaglia vom mexikanischen Institut ITAM die Entwicklung. Das sei typisch für ein System, das sich in einer grundlegenden Veränderung begreife. „Anstatt von der politische Macht kontrolliert zu werden, wie das früher der Fall war, übernehmen die kriminellen Gruppen selbst staatliche Kontrollfunktionen“ erklärt der Wissenschaftler und spricht von einer Feudalisierung der öffentlichen Strukturen.

Die Aufhebung der allgegenwärtigen Macht der PRI sowie Migration und Armut haben die Verhältnisse auf dem mexikanischen Land umgekrempelt. Die zentrale-

Kontrolle durch die Regierung in Mexiko-Stadt ist zurückgegangen, der Staat hat in einigen Gebieten den Charakter eines „failed state“ angenommen. Eine Art „Warlordisierung“ ist im Gange, in der staatsferne Mächte das Sagen haben: illegale Holzfällerbanden, Drogenkartelle, Großgrundbesitzer. „Sicherheit durch Staatspolitik gibt es heute nicht mehr. Die kriminellen Gruppen brauchen nicht zu fürchten, dass sich die politischen Kräfte landesweit gegen sie einigen,“ erklärt der Soziologe Luis Astorga von der Nationalen Autonomen Universität von Mexiko-Stadt (UNAM). Angesichts ihrer schier unendlichen finanziellen Ressourcen und der zur Schau gestellten Brutalität gehen die Drogencapos in dieser Gemengelage als dominierende Kraft hervor. „Es handelt sich nicht um Regionen ohne Regierungen, sondern um welche mit alternativen Regierungen, die von den Narcos gestellt werden“, meint Mafia-Experte Briscoe vom spanischen Institut FRIDE. „Die Clans verfügen dort über so viel Legitimität, weil der Staat praktisch abwesend ist.“

Das Mafia-Milieu – ein Entwurf gegen die Perspektivlosigkeit

Diese Abwesenheit des Staates manifestiert sich auf verschiedenen Ebenen und ist nicht zuletzt ein Ergebnis der wirtschaftsliberalen Politik, die bereits seit Anfang der neunziger Jahre massiv betrieben wird. Seit dem Inkrafttreten des Freihandelsvertrages NAFTA zwischen Mexiko, Kanada und den USA im Jahr 1994 hat sich die Situation der ländlichen Produzenten erheblich verschlechtert. Stück für Stück werden seither Einfuhrzölle abgebaut, was zwar den Konsumentinnen und Konsumenten niedrigere Preise für Fahrzeuge, gewisse Lebensmittel und Konsumgüter beschert, zugleich aber das sozioökonomische landwirtschaftliche Geflecht zerstört. Mexikanische Bauern können gegen die hochsubventionierten Waren ihrer nördlichen Nachbarn nicht konkurrieren.

Einst unabhängig von Importen kaufte das Land, traditionell die „Wiege des Maises“ genannt, im Jahr 2006 mehr als die Hälfte des Grundnahrungsmittels in den USA: 17,7 Millionen von 39 Millionen Tonnen. Die Einfuhr von anderen Produkten wie Rindfleisch, Eier, Hühnchen oder Reis nahm seit Inkrafttreten des Freihandelsvertrags um bis zu 400 Prozent zu. Bauernverbände fordern deshalb Nachverhandlungen des NAFTA-Vertrages sowie Hilfsmaßnahmen für kleine Agrarproduzenten, um die „Ernährungssouveränität“ wieder herzustellen. Allerdings mit mäßigem Erfolg: immer mehr Menschen verlassen ihre Heimatdörfer, um ihr Glück in den Städten oder im reichen Norden zu suchen. Rund 500.000 Menschen wandern jährlich in die USA ab, die Überweisungen der Migrantinnen und Migranten sind zum zweitgrößten Devisenbringer Mexikos geworden. Viele Jugendliche und auch Frauen erhoffen sich mit der Flucht auf die andere Seite des Rio

Bravo nicht nur ein sicheres Auskommen, sondern auch mehr Freizügigkeit und Weltoffenheit, als ihnen die verarmten Dörfer Oaxacas, Guerrerros oder Yucatáns bieten können.

Gegen die perspektivlose Zukunft in der Provinz bietet die Mafia einen offenbar attraktiven Gegenentwurf: Einkommen, Macht, Anerkennung. Tausende von Bauern ziehen es vor, Marihuana anstatt Mais anzubauen und dafür den hundertfachen Kilopreis zu kassieren, zahlreiche lokale Politiker nehmen gerne die Unterstützung der Narcos in Kauf, um sich ein sicheres Leben und dem Dorf soziale Mindeststandards zu garantieren. Viele verarmte Jugendliche verdingen sich als Schläger oder bezahlte Killer, verschafft ihnen doch der Besitz einer Waffe im machistisch geprägten Mexiko die Selbstbestätigung, die ihnen das legale Leben auf der heimischen Scholle längst nicht mehr bieten kann. Dass Frauen, Koks und große Autos nur von kurzer Dauer sind, kann diese Desperado-Mentalität kaum eindämmen – dafür spricht zumindest die zunehmende Bereitschaft, ohne Skrupel selbst die blutrünstigsten Aufträge zu erfüllen. Für den Analytiker Briscoe ist die illegale Sphäre insbesondere in den Grenzgebieten eine Antwort der Armutsbevölkerung auf die wirtschaftliche Liberalisierung des Nordens: „Die Kreisläufe von Drogen und anderen illegalen Waren bedeuten für die Ausgeschlossenen einen Überlebensmechanismus und zugleich ein neues Modell politischer und wirtschaftlicher Organisation, das sich den Regeln des freien Marktes und des Diskurses vom Minimalstaat anpasst.“

Angesichts dieser Situation ist es wenig verwunderlich, dass sich die Capos in manchen Regionen wie Fische im Wasser bewegen. So konnte „El Chapo“ Joaquín Guzmán, der Chef des Golf-Kartells, im Januar 2007 in dem 2.000-Seelen-Dorf Canelas im Bundesstaat Sinaloa ausgiebig seine Liebe zu der 18jährigen örtlichen Schönheitskönigin zelebrieren. Zum diesem Zeitpunkt hatte die US-amerikanische DEA bereits fünf Millionen Dollar Kopfgeld auf den Capo ausgeschrieben. Geschützt von 200 bewaffneten Motorrollerfahrern und sechs Hubschraubern, bestückt mit Granaten, Pistolen und Maschinengewehren, feierte Guzmán ausgelassen seine neue Liebschaft ungestört bis zum nächsten Morgen. Erst am kommenden Tag, „El Chapo“ war mit seiner Süßen längst über alle Berge, marschierten 150 Soldaten des 72. Infanteriebataillons in Canelas ein.

Geschichten wie diese gehören zum Live-Style-Alltag mexikanischer Drogenbosse. Mehr oder weniger freiwillig ist die Bevölkerung in das Wirken der Narcos einbezogen, und Banden wie „La Familia“ aus Michoacán legen sogar Wert auf die Beschützerrolle, die sie gegenüber ihren Mitmenschen haben. „Wir leiden mit unseren unschuldigen Mitbürgern, die es nicht verdient haben, mit dem Terrorismus leben zu müssen“, war nach dem Handgranatenanschlag in Morelia auf einem Transparent zu lesen. Gezeichnet: La Familia. Die Schuld an dem Angriff gab die örtliche Mafia der Schießtruppe „Los Zetas“ des Golfkar-

tells. Dem Buchautor und Journalisten Ravelo erklärte ein Vertreter der „Familie“ in einem Pressegespräch, das Ziel seiner Organisation sei es, „Michoacán von allen gebietsfremden Gruppen zu säubern, die hier Gewalt säen wollen“.

Solcher Patriotismus kommt unter Umständen gut an: Als 1997 Amado Carillo Fuentes verstarb, erwiesen ganze Dörfer im Bundesstaat Sinaloa dem als „Herr der Lüfte“ bekannten Drogendealer die letzte Ehre. Schließlich sind es Capos wie er, die einen neuen Kindergarten finanzieren oder die örtliche Ökonomie beleben. Bis heute erfreuen sich in der Region die „Narcocorridos“ – Lieder, die Geschichten über die Clans erzählen und die Arbeit der Capos anpreisen – großer Beliebtheit, und wer kann, schaut regelmäßig in einer kleinen Kapelle in der Landeshauptstadt Culiacán vorbei, um dort Malverde, dem Schutzheiligen des Geschäftes, zu huldigen.

Langfristige Maßnahmen statt Effekthascherei

Armut, Perspektivlosigkeit, Korruption, Machismus, Brutalität, kulturelle Traditionen – das Treiben der Drogenmafia hat viele Hintergründe und eine bald hundertjährige Geschichte. Um ihr ein Ende zu setzen, bedarf es Maßnahmen, die das Phänomen Stück für Stück dekonstruieren: Aufklärung, Sozialarbeit, Justizreformen, bessere Ausbildung der Sicherheitskräfte, Zeugenschutz, höhere Bezahlung der Polizisten, härteres Durchgreifen gegen Korruption, Unterstützung von Alternativen zum Anbau von Drogen, mehr soziale Gerechtigkeit und vor allem eine Wirtschaftspolitik, die der Armutsbevölkerung eine Perspektive bietet.

Zudem müsste in den USA ein Verbot des Waffenhandels durchgesetzt werden, um zu verhindern, dass sich die „Narcos“ weiterhin freizügig beim nördlichen Nachbarn mit den neuesten Gewehren, Pistolen und schwererem Gerät eindecken können. Nicht zuletzt liegt es aber an der Washingtoner Regierung, dafür zu sorgen, dass der Konsum in den Vereinigten Staaten eingeschränkt wird. Denn, so stellte der US-Botschafter in Mexiko Tony Garza im November 2008 zu Recht klar: „Mexiko wäre nicht das Zentrum der Kartelle und das Land müsste auch nicht unter diesem Gewaltniveau leiden, wenn die USA nicht der größte Konsument illegaler Drogen und Hauptlieferant für die Waffen der Drogenmafia wären.“

Anstatt mit auf Langfristigkeit angelegte Maßnahmen zu arbeiten, setzen die US-Regierung und Calderón auf das Gegenteil: auf schnelle, effekthascherische „Erfolge“, die vor allem Kollateralschäden anrichten: eine Zunahme der Todesopfer, der Brutalität und der Menschenrechtsvergehen durch Soldaten. „Bisher gab es keinen Fall, in dem das Militär die Drogenmafia besiegt hätte. Das ist noch nicht einmal der US-amerikanischen Armee in Afghanistan gelungen“, resümiert der mexikanische Historiker Lorenzo

Meyer. Das bestätigt der „Plan Colombia“, den Washington in Kolumbien finanziert. US-Ausbilder, Hubschrauber und anderes militärisches Gerät sollen die kolumbianische Kokainproduktion bekämpfen. Zwar hat die Regierung auch dort viele Tonnen des weißen Pulvers beschlagnahmt, Drogenlabors ausgehoben und Schmugglerschiffe enttarnt. Doch die Bepflanzung ist nur verlagert worden, verringert hat sie sich nicht. Ricardo Vargas, der den Plan Colombia für die Andeninitiative auswertete, stellt ein schlechtes Zeugnis aus: „Nach sieben Jahren muss man feststellen, dass es keinerlei Verringerung des Drogenangebots in den USA gibt.“

Dass Calderón und seine US-Verbündeten dennoch eine militärische Lösung bevorzugen, um das kriminelle Gewerbe zu besiegen, legt den Verdacht nahe, dass ihr Einsatz nur bedingt darauf ausgerichtet ist, dem Drogengeschäft ein Ende zu bereiten. Dies könnte auch damit zu tun haben, dass das organisierte Verbrechen bis heute seinen Einfluss in höchste Kreise der Politik beibehalten hat. Selbst gegen den ehemaligen Präsidenten Fox werden immer wieder Vorwürfe laut, er oder sein direktes Umfeld verfügte über Kontakte zum Golfkartell. Doch auch unabhängig von solchen unbestätigten Vorwürfen profitiert die konservative Regierung von ihrem militärischen Vorgehen: zwischen 37 und 60 Prozent der Bevölkerung sind derzeit bereit, für mehr Sicherheit ein Stück Freiheit aufzugeben. Forderungen nach Einführung der Todesstrafe oder der Anwendung von Folter werden laut. Calderóns Politik der harten Hand stößt also angesichts der zugespitzten Lage auf große Zustimmung.

Die radikalste Lösung, um das Treiben der Drogenmafia zu beenden, wäre die Legalisierung der Rauschmittel. Darin sind sich alle fortschrittlichen Experten einig. Schließlich lassen sich die immensen Gewinne beim Verkauf von Marihuana, Heroin, Kokain oder Ecstasy nur erzielen, weil die Waren illegal sind. Durch eine Entkriminalisierung würde die Blase des Drogengeschäftes von einem Moment auf den anderen platzen. Das aber hätte erhebliche Konsequenzen. Von den nach DEA-Schätzungen mindestens 100 Milliarden Dollar, die allein mit Kokain in den USA umgesetzt werden, fließen etwa 90 Prozent ins US-amerikanische Finanzsystem und beleben die Wirtschaft des Landes. Würden alle Drogengelder von heute auf morgen aus dem Kreislauf gezogen, könnte das – zumal in Zeiten der Finanzkrise – gefährliche Folgen haben. In Mexiko zählen die Einnahmen der Capos als eine der wichtigsten Devisenquellen des Landes. Bedenkt man zudem, dass die Kartelle in der mexikanischen Provinz oft gesellschaftliche Aufgaben übernehmen, die von den Regierenden nicht mehr geleistet werden, stellt sich die Frage: Wer hat ein wirkliches Interesse daran, dass das illegale Gewerbe beendet wird?